

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Matthias Belafi

In der neuen Europäischen Kommission unter Ursula von der Leyen, deren Wahl die Kirchen und Religionsgemeinschaften begrüßten,¹ hat der für die Förderung des europäischen Lebensstils zuständige Vizepräsident Margaritis Schinas die Kompetenz für den institutionellen Dialog mit den Religionsgemeinschaften übernommen, aber bislang noch kein offizielles Treffen durchgeführt. Das Europäische Parlament veranstaltete am 28. Januar 2020 ein Dialogtreffen zum Europäischen Green Deal, den die Kirchen bereits im Herbst 2019 nachdrücklich unterstützt hatten.² Institutionell hatte die im Europäischen Parlament für den Dialog mit den Kirchen zuständige Vizepräsidentin Mairead McGuinness im Parlamentspräsidium versucht, den Kirchen direkteren Zugang zu den Berichterstattungen einräumen zu lassen, war dabei aber auf Widerstand gestoßen.³ Neben den traditionellen Gesprächen mit den Ratspräsidentenschaften Finnlands und Kroatiens vertieften die europäischen Kirchenzusammenschlüsse ihren Austausch mit den Einrichtungen der EU durch Dialogtreffen mit der Grundrechteagentur und dem Europäischen Gerichtshof.⁴

Auch die Antisemitismusbeauftragte der Europäischen Kommission wurde Vizepräsident Schinas unterstellt und durch ein Team verstärkt, nachdem mit dem Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019 der Antisemitismus in Europa einen neuen Höhepunkt erreicht hatte und die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten zu einem effektiven Schutz der jüdischen Gemeinden aufrief.⁵ Auf Ebene der Mitgliedstaaten beriefen nun auch Griechenland, Großbritannien und Italien Antisemitismusbeauftragte.

Brexit und Migration

Während der Verhandlungen über den EU-Austritt des Vereinigten Königreichs warben sowohl die Kirchen im Vereinigten Königreich als auch in ganz Europa für ein Austrittsabkommen. Als der britische Premierminister Boris Johnson das Parlament im August 2019 in eine Zwangspause schickte, kritisierte die Church of England seine spaltende Rhetorik und warnte vor einem „No Deal Brexit“. Der Wunsch, zum Austritt am

1 Kathpress: Religionsvertreter gratulieren von der Leyen zu neuem Amt, 17.7.2020.

2 ComECE: EU-Bischöfe fordern einen gerechten und inklusiven Wandel hin zur integralen Ökologie, 25.10.2019; Silke Wettach: Wie die Kirchen den Klimaschutz geschickt nutzen, in: Wirtschaftswoche, 15.12.2019.

3 Samuel Stolton: Against a Christian Europe, in: Euractiv.com, 6.10.2020.

4 KEK/ComECE: CEC and COMECE meet with Finnish EU Presidency, 15.7.2019; KEK/ComECE: CEC and COMECE meet with the Croatian EU Presidency, 21.1.2020; ComECE: Die Religionen stärken ihre Beziehungen zur EU-Grundrechteagentur, 9.7.2019; ComECE: Die COMECE tritt in Dialog mit dem Gerichtshof der Europäischen Union, 5.2.2020.

5 Michael Thaidigsmann: Problem erkannt?, in: Jüdische Allgemeine, 5.12.2019; Christoph B. Schiltz: Antisemitismus in Europa nimmt zu, in: Die Welt Online, 12.12.2019; Kathpress: EU-Kommission ruft Staaten zu Schutz jüdischer Einrichtungen auf, 14.10.2019; Patrick Griesser/Antonio-Maria Martino: Antisemitismus in Europa wirksam bekämpfen – Herausforderungen und Maßnahmen, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik Policy Brief 23/2019. Bei Schinas wurde auch der Koordinator zur Bekämpfung von Muslimfeindlichkeit angesiedelt. Vgl. David Friggieri: The EU's engagement with Muslims in Europe and beyond, in: Enes Karić/Richard Potz/Denise Quistorp (Hrsg.): State and Religions in Bosnia and Herzegovina and Austria, Wien 2019, S. 75-81.

31. Januar 2020 alle Kirchenglocken im Land läuten zu lassen, wurde von der anglikanischen Staatskirche zurückgewiesen.⁶ In Briefen und Stellungnahmen versicherten sich die Kirchen des Vereinigten Königreichs und der EU, auch nach dem Brexit verbunden zu bleiben.⁷

Das weiterhin größte Augenmerk lenkten die europäischen Kirchen auf Migration und Asyl. Als am 29. Juni 2019 die Kapitänin der „Sea-Watch 3“ auf Lampedusa verhaftet wurde, kritisierten die Kirchen die Kriminalisierung der privaten Seenotrettung. Immer wieder boten Kirchen die Aufnahme von Flüchtlingen an, engagierten sich für humanitäre Korridore und forderten eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik.⁸ Die Evangelische Kirche in Deutschland initiierte die Finanzierung eines Schiffes, das der Seenotrettung zur Verfügung gestellt wurde. Trotz des Engagements des Papstes lehnte der Vatikan eine Anfrage der Seenotretter von „Mission Lifeline“ ab, ihr Schiff unter vatikanischer Flagge fahren zu lassen.⁹ Auch während der Covid-19-Pandemie mahnten die Kirchen, dass die Situation der Migranten vor allem in Griechenland nicht in Vergessenheit geraten dürfe. Nach wie vor wird diese Haltung jedoch von vielen Kirchen in Mittel- und Osteuropa skeptisch gesehen.¹⁰

Auswirkungen der Pandemie auf Religionsgemeinschaften und Religionsfreiheit

Von den Beschränkungen, die nach Ausbruch der Covid-19-Pandemie das öffentliche Leben in Europa von März bis Mai 2020 weitgehend zum Erliegen gebracht haben, waren auch die Religionsgemeinschaften betroffen. Soweit sie nicht schon von sich aus auf die öffentliche Durchführung von Gottesdiensten verzichteten, unterlag diese den staatlichen Verboten und Einschränkungen. Während insbesondere die großen Religionsgemeinschaften aus gesellschaftlicher Verantwortung den Verzicht auf öffentliche Gottesdienste befürworteten und zum Streamen im Internet übergingen, eckten oftmals kleine und konservative religiöse Gruppen an, die Einschränkungen ablehnten oder sogar Verschwörungstheorien anhängen. Der griechische Premierminister erklärte der orthodoxen Kirche, die sich gegen Kirchenschließungen wehrte, dass gegen die Pandemie zu beten nicht ausreiche. So wurden auch religiöse Veranstaltungen zu Hotspots der Verbreitung des Virus. Schon der französische Covid-19-Ausbruch im Elsass war auf die Großveranstaltung einer Freikirche zurückzuführen.¹¹

6 Kathpress: Anglikanische Bischöfe warnen vor „No Deal Brexit“, 29.8.2019; Kathpress: Britische Bischöfe kritisieren Tonfall bei Brexit-Debatte, 27.9.2019; Spiegel Online: Briten streiten über Glockengeläut von Big Ben am Brexit-Tag, 15.1.2020.

7 KEK: European churches to pray, strengthen solidarity as United Kingdom leaves EU, 31.1.2020; ComECE: Erklärung der ComECE-Präsidentschaft zum Brexit, 1.2.2020.

8 Matthias Rüb: Riskantes Manöver und unerwünschte Belehrungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.7.2019; Evangelischer Pressedienst: Europäische Kirchenverbände fordern EU-Seenotrettung, 17.7.2019; Kathpress: Papst lässt erneut Flüchtlinge von Lesbos nach Rom holen, 2.12.2019; Evangelischer Pressedienst: Europäische Kirchen fordern Korridore für Flüchtlinge, 10.12.2019; Frankfurter Allgemeine Zeitung: Papst prangert Abschottung gegenüber Flüchtlingen an, 27.12.2019.

9 Reinhard Bingener: Boot für die Welt, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 26.1.2020; Thomas Jansen: Nicht unter päpstlicher Flagge, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.12.2019.

10 KEK: Churches on EU-Turkey border: Show solidarity, respect rights and human dignity, 6.3.2020; ComECE: Flüchtlinge in Europa: Die Menschenwürde befindet sich nicht in Quarantäne, 16.4.2020; Thomas Jansen/Matthias Rüb: Verhallende Appelle des Papstes, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.5.2020.

11 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Die Verschwörungstheorien der Bischöfe, 11.5.2020; Sarantis Michalopoulos: Mitsotakis: Beten reicht beim Coronavirus nicht aus, in: Euractiv.de, 12.3.2020; Kerstin Holm: An der Frontlinie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.4.2020.

Zu Konflikten zwischen Staat und Kirche kam es, wenn Behörden Gottesdienste auflösen wollten oder wenn Beschränkungen der Religionsausübung zögerlich zurückgenommen wurden und Religionsgemeinschaften auf Lockerungen drängten. Vereinzelt mussten daher Gerichte unzulässige Beschränkungen der Religionsfreiheit korrigieren. So entschied der französische Staatsrat am 18. Mai 2020, dass das Gottesdienstverbot unverhältnismäßig sei und aufgehoben werden müsse. Das deutsche Bundesverfassungsgericht, das in einer Eilentscheidung am 10. April 2020 das Gottesdienstverbot noch als zulässig ansah, aber eine regelmäßige Überprüfung forderte, gab am 29. April 2020 einer Moscheegemeinde recht, die gegen das fortgeltende Verbot geklagt hatte.¹²

Auf europäischer Ebene warnte die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union (ComeCE) vor einer Gefährdung der Religionsfreiheit und kritisierte, dass Gottesdienste im Fahrplan der Europäischen Kommission zur Aufhebung der Covid-19-Beschränkungen nicht vorkamen, während eine Arbeitsgruppe der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) um Geduld warb, falls es zu unverhältnismäßigen Maßnahmen kommen sollte. Die europäischen Kirchenzusammenschlüsse traten insbesondere in der von nationalen Alleingängen geprägten Anfangsphase für Solidarität und Zusammenhalt in der EU ein. Die Präsidenten von KEK und ComeCE riefen in einer gemeinsamen Erklärung zu Solidarität bei der medizinischen Versorgung und der Milderung von sozialen Härten auf.¹³ Auch der Papst appellierte immer wieder an die EU: Nachdem Franziskus bereits an Ostern einen „spürbaren Geist der Solidarität“ in Europa einforderte, rief er einen Tag bevor der EU-Gipfel am 23. April 2020 über die sogenannten „Coronabonds“ debattierte, erneut zu „geschwisterlicher Einheit“ auf, was genauso als Unterstützung für diesen Vorschlag gewertet wurde wie zuvor ein Telefonat mit dem französischen Präsidenten. Auch aus Anlass des Europatags erneuerte der Papst seinen Aufruf an die EU zu Solidarität und Zusammenarbeit in der Bewältigung der Pandemie und telefonierte mit der deutschen Bundeskanzlerin und dem Präsidenten des Europäischen Rates.¹⁴

Religion in den Außenbeziehungen der EU

Am 6. September 2019 stellte die Hohe Vertreterin der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini das Förderprogramm „Global Exchange on Religion in Society“ des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) vor, mit dem der Beitrag der Religionen für den Zusammenhalt pluralistischer Gesellschaften anerkannt und gefördert werden soll.¹⁵ Der 2016 berufene Sonderbeauftragte der Kommission für Religionsfreiheit außerhalb der EU, Ján Figel, legte zum Ende seines Mandats einen Bericht vor. Die neue Kommission entschied zunächst, sein Amt nicht wieder zu besetzen, sondern die Religi-

12 EUobserver.com: French churches must reopen, court rules, 19.5.2020; Süddeutsche Zeitung: Gottesdienstverbot ist rechters, 11.4.2020; Spiegel Online: Ausnahmen vom Gottesdienst-Verbot müssen möglich sein, 29.4.2020.

13 ComeCE: Die Religionsfreiheit steht im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Covid-19 auf dem Spiel, 6.5.2020; CEC Thematic Group on Human Rights: Reflections on Freedom of Religion or Belief during the fight against the COVID-19 pandemic, 29.4.2020, abrufbar unter: <https://www.ceceurope.org/wp-content/uploads/2020/04/Covid-19-and-FORB-FINAL-20-04-2020-.pdf> (letzter Zugriff: 28.10.2020); ComeCE/KEK: „Lasst uns vereint bleiben“, 2.4.2020.

14 Franzfurter Allgemeine Zeitung: Papst: Neue Wege der Solidarität in Europa, 14.4.2020; Kathpress: Franziskus betet für „geschwisterliche Einheit“ Europas, 22.4.2020; Kathpress: Papst fordert Europas Politik erneut zu Solidarität auf, 10.5.2020.

15 European External Action Service: Towards a Global Exchange on Religion in Society, abrufbar unter: https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage_en/66842/Towards%20a%20Global%20Exchange%20on%20Religion%20in%20Society (letzter Zugriff: 28.10.2020).

onsfreiheit beim Menschenrechtsbeauftragten im EAD anzusiedeln. Nach zahlreichen Protesten, unter anderem der Fraktion der Europäische Volkspartei (EVP), kündigte die Kommission am 8. Juli 2020 an, doch wieder einen Sonderbeauftragten für die Religionsfreiheit im Bereich von Vizepräsident Schinas berufen zu wollen.¹⁶

In den Auseinandersetzungen der Orthodoxie sind die Kirchen sowohl Akteure als auch Teil der politischen Diplomatie: Die Autokephalie der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche bildete weiterhin die religiöse Dimension des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland ab und spaltete die orthodoxen Kirchen und Länder. Nachdem die Orthodoxe Kirche Griechenlands im Oktober 2019 die Unabhängigkeit der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche anerkannte, beendete das Moskauer Patriarchat die Beziehungen zur ihr.¹⁷ Weitere Bestrebungen zur Errichtung in diesem Fall von der Serbisch-Orthodoxen unabhängigen Kirchen gibt es in Nordmazedonien, vor allem aber in Montenegro.¹⁸ Der Ministerpräsident Nordmazedoniens reiste im Januar 2020 zum Ökumenischen Patriarchen, um für die kirchliche Unabhängigkeit zu werben.¹⁹ In Montenegro befördert Präsident Milo Đukanović die Bestrebungen zur Etablierung einer autokephalen Kirche. Die Serbisch-Orthodoxe Kirche, der 70 Prozent der Bevölkerung Montenegros angehören, wirft dem Präsidenten vor, er wolle mit einem im Dezember 2019 verabschiedeten Religionsgesetz ihre Kirchen und Klöster unter staatliche Kontrolle bringen, hat massive Proteste gegen das Gesetz mobilisiert und sogar die von ihr wenig geschätzte EU zum Einschreiten aufgerufen.²⁰

Weiterführende Literatur

- Benito Arruñada/Matthias Krapf: Religion and the European Union, in: Jean-Paul Carvalho/Sriya Iyer/Jared Rubin (Hrsg.): *Advances in the Economics of Religion*, Cham 2019, S. 295-308.
- Patrycja Sasnal et al.: Cooperation with Religious Institutions as a European Policy Tool, Euromesco Joint Policy Study 14/2019, abrufbar unter: https://www.euromesco.net/wp-content/uploads/2019/05/Joint-Policy-Study-14_Cooperation-with-religious-institutions-as-a-european-policy-tool.pdf (letzter Zugriff: 9.11.2020).
- Margarete Scherer: Eurosepticism and Protestant Heritage: The Role of Religion on EU Issue Voting, in: *Politics and Religion* 1/2020, S. 119-149.
- Rupert Graf Strachwitz (Hrsg.): *Religious Communities and Civil Society in Europe*, Bd. 1: Berlin/Boston 2019, Bd. 2: Berlin/Boston 2020.
- Alexander Tischbirek: A Double Conflict of Laws: The Emergence of an EU „Staatskirchenrecht?“, in *German Law Journal* 7/2019, S. 1066-1078.

-
- 16 Europäische Kommission: Report. The mandate of the Special Envoy for the promotion of freedom of religion or belief outside the European Union: activities and recommendations (May 2016-November 2019), 21.11.2019; Kathpress: Kritik nach Aus für EU-Sondergesandten zu Religionsfreiheit, 18.6.2020; Evangelischer Pressedienst: EU-Sondergesandter für Religionsfreiheit bleibt, 8.7.2020; vgl. Pasquale Annicchino: The European Union Special Envoy on Freedom of Religion or Belief, in: *The Review of Faith & International Affairs* 2/2020, S. 76-79.
- 17 Zeit Online: Moskauer Patriarch bricht mit griechischem Kirchenoberhaupt, 3.11.2019; vgl. Elizabeth A. Clark/Dmytro Vovk (Hrsg.): *Religion During the Russian-Ukrainian Conflict*, Abingdon/New York 2020; Nikolay Mitrokhin: Die Kirchenfrage in der Ukraine nach dem Tomos, in: *Osteuropa* 1-2/2020, S. 17-29; Andriy Mykhaleiko: The New Independent Orthodox Church in Ukraine, in: *Südosteuropa* 4/2019, S. 476-499; Denys Shestopalets: The Ukrainian Orthodox Church of the Moscow Patriarchate, The State and The Russian-Ukrainian Crisis, 2014-2018, in: *Politics, Religion & Ideology* 1/2019, S. 42-63.
- 18 Stefan Kube: Innerorthodoxe Konflikte: Ukraine, Nordmakedonien und Montenegro, in: *Religion in Ost und West* 7-8/2019, S. 13-15; Marko Vekovic/Mirosljub Jevtic: Render unto Caesar: Explaining Political Dimension of the Autocephaly Demands in Ukraine and Montenegro, in: *Journal of Church and State* 4/2019, S. 591-609; Nenad Živković: Ein Patriarchat unter Beschuss?, in: Dietmar Schon (Hrsg.): *Die Serbisch-Orthodoxe Kirche in den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts*, Regensburg 2019, S. 29-60.
- 19 Kathpress: Spitzenpolitiker Nordmazedoniens beim Ökumenischen Patriarchen, 16.1.2020.
- 20 Michael Martens: Ein Raub an der Orthodoxie?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.12.2019; Deutsche Welle Online: Corona und Kirche: In Montenegro spitzt sich die Lage zu, 16.5.2020.